

Soziale Sicherheit, bedingungslos und europaweit!

Das Scheitern der Austeritätspolitik, die gezielte Verarmung Griechenlands und mehr oder weniger der gesamten südeuropäischen Peripherie, die extrem autoritäre und vollständig undemokratische Konstruktion des Krisenmanagements, der Umgang mit den neu hier ankommenden Menschen und der damit verbundene massive Aufstieg der radikalen Rechten und schließlich der Brexit zeigen, dass (EU-)Europa so nicht mehr weitermachen kann wie bisher. Das scheint auch denen klar zu sein, die sich bisher geweigert haben, entsprechende Einschätzungen zur Kenntnis zu nehmen. Hier fehlt im Augenblick Zeit und Raum, diese Bezugspunkte genauer darzulegen und dazu zu argumentieren, obwohl das in der Sache sicherlich nötig wäre, wenn eine Antwort auf diese neue Lage gefunden werden soll, die mehr wäre als ein Zurück zu angeblich besseren alten Zuständen.

In den meisten EU-Ländern befindet sich die Linke in einer Situation, die es völlig aussichtslos erscheinen lässt, eigene Alternativen durchzusetzen. Angesichts dessen scheint es zunächst einmal verständlich, wenn sich manche darauf orientieren, Bedingungen herzustellen, die diese Ausgangssituation verändern sollen. Vor allem in Bezug auf sozialpolitische Ziele scheint es naheliegend, sich auf die nationale Ebene zu orientieren. Nicht nur liegen dort nach wie vor fast alle Zuständigkeiten, auch die neoliberalen Kräfte sind EU-weit stärker positioniert wie in manchen Mitgliedstaaten.

Aber man sollte sich nicht täuschen; nicht nur in der gesamten EU, auch in jedem einzelnen Nationalstaat gilt, dass es keinerlei gesellschaftliche Mehrheit für eine Rückkehr zu fordistischen Arbeits- und Sozialverhältnissen gibt. Das heißt nicht, dass man den Abbau noch verbliebener sozialstaatlicher Institutionen widerstandslos hinnehmen sollte. Aber man darf den vergangenen Sozialstaat eben auch nicht als Idylle romantisieren. Sein Inklusionsversprechen richtete sich immer nur an den weißen, arbeitsamen Familienernährer. Auch die aktuellen, oft höchst prekären Arbeitsverhältnisse werden zu einem erheblichen Teil als ein Zugewinn an Freiheit wahrgenommen. Ein neues Projekt umfassender sozialer Sicherheit kann sich nicht auf den herkömmlichen Sozialstaat beziehen, sondern muss diese Sicherheit als ein wirtschaftsbürgerliches Grundrecht begreifen, das jeder und jedem bedingungslos zu garantieren ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ein Zukunftsversprechen, ein Arbeitsplatz für jedeN eher eine Drohung. Wir sollten diese Perspektive nicht aus falschen bündnispolitischen Rücksichten auf Gewerkschaften oder wen sonst immer weiter ganz nach hinten stellen. Im Gegenteil, wenn Menschen für eine grundsätzlich andere Gestaltung Europas begeistert werden sollen, dann wird das nur mit Projekten möglich sein, die sich in puncto Lebensmöglichkeiten für alle radikal vom Bestehenden unterscheiden.

Bisher müssen wir ja konstatieren, dass die Menschen in ihrer ganz großen Mehrheit auch unseren Lösungsvorschlägen für die gesellschaftlichen Probleme nicht vertrauen. Das liegt nicht nur daran, dass die Wiederkehr des vergangenen Sozialstaats sowohl unrealistisch wie gar nicht unbedingt wünschenswert ist, sondern auch daran, dass es keinerlei realistische Machtoption für eine andere Politik gibt. Aber die schien es in Griechenland, in Italien, in Portugal, in Spanien auch nicht zu geben und es sind doch Parteien, Bewegungen und Prozesse entstanden, die das (hätten oder werden) ändern können. So heterogen und z. T. fragwürdig die Projekt auch im einzelnen sind, haben sie doch zwei ganz wesentliche Elemente gemeinsam. Zum einen zielen sie auf einen Bruch mit dem Bestehenden, auf etwas ganz Neues, organisieren sich um Vorschläge und Forderungen herum, die erkennbar nicht das bekannte Gewurstele fortsetzen wollen. Und zum anderen brechen sie dafür deutlich und radikal mit Formen, Forderungen, Organisationen traditioneller linker Politik. Ich sage nicht, dass eine neue Bewegung sein müsste wie „5 Sterne“ in Italien, aber sie wird auch nicht sein können wie „Die Linke“.

Was eine solche Bewegung sein muss, ist allerdings konsequent internationalistisch. Es geht nicht

nur um die offensive Zurückweisung rechtspopulistischer Positionen in den eigenen Reihen, sondern auch um eine Absage an alle Formen nationaler Orientierung. Es kann keine linken Euro- oder EU-Austritte oder bessere Regulierungschancen im nationalen Rahmen geben, das hat die Debatte um den Brexit deutlich gezeigt. Es ist offenkundig, welche Geister mit diesem Ansatz beschworen werden. Das wie auch immer geartete Zurück zu mehr Nationalem ist kein fortschrittlicher Traum. Einen solchen aber muss ein neues offensives Projekt benennen, so wie es die Grundeinkommensgruppen mit ihrer Positionierung getan haben.

Glaubwürdigkeit bedeutet heute, nach fast zwanzig Jahren wechselnder Regierung in Deutschland in fast allen denkbaren Konstellationen und mit immer derselben Politik, aber auch, eine Machtoption zu benennen, wie die eigenen Anliegen denn durchzusetzen wären. Attac hatte noch bewusst einen außerparlamentarischen Weg gewählt und der ist in weiten Teilen auch nach wie vor notwendig. Ich glaube nicht, dass in Deutschland die Bedingungen reif sind, sofort eine (Wahl-)Bewegung wie Podemos gründen, aber ich bin sicher, dass man in diese Richtung denken und dafür offen sein muss, wenn es denn ansteht. Dabei sind alle diejenigen Partnerinnen und Verbündete, die das mitgehen könnten. Mitglieder aller Parteien, auch eventuelle Gliederungen oder ganze Organisationen, die eine solche Orientierung mittragen wollen, sind herzlich willkommen. Das bedeutet, im politischen Alltag die Nähe zu allen auch in den Parteien zu suchen, die hier Offenheit zeigen, und ihnen bewusst und organisiert die Möglichkeit zu geben, sich mit der Beteiligung an oder doch der Nähe zu einem solchen Projekt zu profilieren.

Es würde mich überraschen, wenn sich Attac Teil als eines solchen Projekts verstehen würde. Aber in Attac gibt es, wie in anderen Zusammenhängen auch, Strukturen, politisches Potenzial und faktische Ressourcen, die für den Aufbau eines solchen Projekts hilfreich sein würden. Deshalb fände ich es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, Attac zu verlassen. Gut wäre es aber, wenn diejenigen innerhalb des Netzwerkes, die in eine solche Richtung denken, ihre Zeit nicht damit verbringen müssten, allzuvielen sinnlosen Auseinandersetzungen um Fragen zu führen, die diesbezüglich in keiner Weise weiterbringen. Solche Fragen gibt es ja genug und auch genug Leute in Attac, die sich damit beschäftigen, sei es für den Euroaustritt, gegen das Grundeinkommen, für symbolische Solidaritäten mit rückwärtsgewandten Kämpfen oder was auch immer. Und gut wäre es, wenn die so Denkenden einen Ort innerhalb von Attac hätten, an dem sie ihre eigenen Debatten führen und von dem aus sie in die Auseinandersetzung gemeinsam eingreifen könnten. Ob die AG genug für alle ein solcher Ort sein könnte, müsste man überprüfen.